

## **Energiepolitik im Schatten der Ukraine-Krise**

### **Schleswig-Holstein trägt im hohen Maße zur klima- und sicherheitspolitischen Wende bei.**

Mit Annalena Baerbock als Außenministerin und Robert Habeck als Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz sind gleich zwei Grüne in entscheidenden Regierungspositionen, um die Zielkonflikte, die sich durch den Krieg Putins gegen die Ukraine ergeben, mit zu lösen. Es geht dabei nicht nur um eine veränderte Außen- und Sicherheitspolitik, sondern ebenfalls um Energiepolitik. Auch Schleswig-Holstein trägt gezielt zur energetischen Lösung bei.

„Robert Habeck versucht, die Versorgungssicherheit wiederherzustellen und die energetische Souveränität weiter voranzubringen“, erklärte Tobias Goldschmidt, Staatssekretär im MELUND, auf der Grünen Kreismitgliederversammlung am 18. März 2022 in Plön. Als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt brauche Deutschland Souveränität und Sicherheit, auch im energetischen Sektor, nicht nur für Heizen und Mobilität, sondern für die Industrie. „Energiepolitik ist Sicherheitspolitik. Sanktionen sind wünschenswert, müssen aber volkswirtschaftlich und politisch verantwortbar sein“, betonte Goldschmidt.

Das Ziel muss langfristig eine weitgehende Unabhängigkeit werden; hierfür braucht es vor allem den Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch für Wärme und Kälte liege bundesweit bei 16 Prozent, so Goldschmidt. Schleswig-Holstein liegt knapp darüber. Eine Steigerung bedeute zunächst eine Entscheidung für neue Ausweisungsflächen (das Grüne Ziel ist eine Erhöhung von zwei auf drei Prozent der Landesfläche) und schnellere Verfahren.

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN hat die Situation in Bezug auf die Klimaziele bereits seit langem analysiert und bietet Lösungsvorschläge an. Für mehr Effizienz und mehr erneuerbare Energien in kürzerer Zeit. Im Prinzip muss jetzt die Grüne Agenda umgesetzt werden. Gleichzeitig muss es gezielte und fokussierte Entlastungen für sozial Schwächere geben, wie Unterstützung der Kinder, Energie- oder Mobilitätsgeld.

Die aktuelle Lage führt zu einer Transformation in der Klima- und Sicherheitspolitik. Sie bietet aber auch viele Chancen in Schleswig-Holstein. In Brunsbüttel soll ein Terminal für Flüssigerdgas (LNG) gebaut werden; dieser kann langfristig auch für grünen Wasserstoff nutzbar gemacht werden. Am gleichen Ort soll zudem ein Ammoniak-Terminal entstehen. Ammoniak wird derzeit hauptsächlich als Düngemittel genutzt, ist aber ebenso ein hervorragender grüner Energieträger und idealer Wasserstoffspeicher.

Diese und weitere Lösungen würden zur Versorgungssicherheit beitragen und die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten reduzieren, so Goldschmidt. Bei uns im Land funktionierten derartige Beschlüsse und ihre Umsetzung, da der politische Wille hierzu bei allen Parteien vorhanden sei.

Für die Landtagswahl ist es auch an unseren Direktkandidaten Dirk Kock-Rohwer (Wahlkreis 16 Plön-Ostholstein und Listenplatz 10) und Vincent Schlotfeld (Wahlkreis 15 Plön-Nord), für die Notwendigkeit zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu werben und die Menschen im Land mitzunehmen.